



# Zukunft Thüringen

Starke Kommunen.

Gute Bildung.

Moderne Verwaltung.

Beschlüsse des Außerordentlichen Landesparteitages  
der SPD Thüringen vom 16.12.2017

(Fassung vom 08.01.18)

## Antragsübersicht

<b>Modernes Thüringen – Starke Kommunen (L1)</b>	<b>3</b>
PRÄAMBEL	3
MODERNE FAMILIENPOLITIK: GENERATIONENGERECHTE KOMMUNE	4
BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN UND ERHALTEN	5
JUGEND STÄRKEN	5
MODERNE UND BÜRGERNAHE VERWALTUNG	6
FINANZIELLES FAIRPLAY STATT BEDARFSZUWEISUNG	6
ÜBERHOLSPUR STATT INVESTITIONSSTAU	7
DIGITALISIERUNG ALS CHANCE DES LÄNDLICHEN RAUMS	8
SICHER LEBEN IN UNSEREM FREISTAAT	8
GESUNDHEIT UND PFLEGE IM LÄNDLICHEN RAUM SICHERSTELLEN	9
KLUGER KLIMASCHUTZ UND ENERGIEEFFIZIENZ VOR ORT	10
<b>Verlässlichkeit, Sachlichkeit und Entschlossenheit – neue bildungspolitische Leitlinien der SPD Thüringen (L2)</b>	<b>11</b>
VORBEMERKUNG	11
WOFÜR WIR STEHEN	11
FRÜHKINDLICHE BILDUNG	12
SCHULE	13
ERWACHSENENBILDUNG UND LEBENSLANGES LERNEN	18
<b>Verwaltung digital – modern, einfach, bürgernah (L3)</b>	<b>20</b>
WOFÜR WIR STEHEN	20
E-GOVERNMENT-GESETZ ALS RECHTSRAHMEN	20
200 VERWALTUNGSLEISTUNGEN DIGITALISIEREN	21
MODERNISIERUNG DES REGISTERWESENS	21
MEINE VERWALTUNG	22
ELEKTRONISCHE AKTENFÜHRUNG	22
E-JUSTICE – ELEKTRONISCHER RECHTSVERKEHR	22
MODERNE ARBEITSPLATZGESTALTUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG	22
KONZENTRATION DER DIGITALISIERUNG UND ZENTRALER IT-DIENSTLEISTER	23
KONSEQUENTE STANDARDISIERUNG SOWIE ZENTRALE BESCHAFFUNG UND VERGABE	23
SICHERHEIT IN DER DIGITALEN ZUKUNFT	24
LAND UND KOMMUNEN IM DIGITALEN SCHULTERSCHLUSS	24
MODERNE VERWALTUNG 4.0	25
DIGITALE GRUNDRECHTE – DATEN- UND VERBRAUCHERSCHUTZ	25
DATEN ALS INNOVATIONSTREIBER	25
THÜRINGEN WLAN	26
DIGITALE VERWALTUNG ALS LEITTHEMA 2019-2024	26
<b>Große Koalition? Nicht mit uns! (I1)</b>	<b>27</b>

# Modernes Thüringen – Starke Kommunen (L1)

## Präambel

Mit dem Regierungswechsel 2014 hat die SPD die Möglichkeit erhalten, eine Politik mit dem klaren politischen Willen zur Entwicklung eines modernen, sozial gerechten und zukunftsgerichteten Freistaats Thüringen zu gestalten. Natürlich ist in der jetzigen Koalition noch nicht alles erreicht, aber die SPD hat eine klare Vorstellung für ein modernes und sozial gerechtes Thüringen. Daran orientiert sich ihr Regierungshandeln und daran wird sie sich von den Wähler\*innen messen lassen.

Die Sozialdemokrat\*innen waren in den letzten drei Jahren die treibende Kraft in der Koalition und haben insbesondere in den Politikfeldern Innen, Finanzen, Wirtschaft, aber auch in den Kernkompetenzen wie Soziales und Bildung wichtige Beiträge geleistet. Gegenwärtig stellen wir entscheidende Weichen im Bereich der Finanzen, der Inneren Sicherheit, der Forschung, der Kultur und Europa sowie der Digitalisierung des Landes. Die Bilanz kann sich sehen lassen – vieles wurde erreicht oder erfolgreich auf den Weg gebracht.

Wie Umfragen belegen, fühlen sich die Bürger\*innen in unserem Freistaat wohl. Sie sehen mehrheitlich eine gute berufliche Perspektive und sind der Ansicht, dass sie sich in unserem Freistaat für die Gründung einer Familie entscheiden und Kinder großziehen wollen. Seit kurzem stellen wir fest, dass unser Freistaat als Zuwanderungsland vor allem für junge Familien an Attraktivität gewinnt. Arbeitsmarkt und Wirtschaft sind intakt. Hinzu kommt, dass Thüringen finanziell solide aufgestellt ist. Mit unserer erfolgreichen Finanzpolitik verbinden wir heutige Investitionen mit zukünftigen Spielräumen, die unseren Freistaat noch lebenswerter, sozial gerechter und wettbewerbsfähiger machen.

Um jedoch dem Anspruch gerecht zu werden, die Zukunft zu gestalten und das Leben der Menschen spürbar zu verbessern, müssen wir unsere politischen Schwerpunkte noch deutlicher dort setzen, wo die Lebenswirklichkeit der Bürger\*innen in besonderer Weise durch Veränderungsprozesse berührt wird. Wenn wir nicht jetzt handeln, wird die demografische Entwicklung Thüringen besonders hart treffen. Dies stellt vor allem den ländlichen Raum vor große Herausforderungen. Unser Ziel ist es, eine hohe Lebensqualität und gleichwärtige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen, sei es in Sonneberg oder in Nordhausen, sei es in Eisenach oder in Altenburg, sicherzustellen. Dazu brauchen wir auch Lösungen, um die medizinische Versorgung, die Pflege, die schulische und berufliche Bildung, die Mobilität, die soziale Infrastruktur und die Daseinsvorsorge sicherzustellen. Unsere Partner bei der Bewältigung dieser Aufgaben sind die Kommunen.

Handlungsfähige und solidarische Kommunen sind die Voraussetzung dafür, dass Menschen in Thüringen gut leben, sich Menschen an der Gestaltung ihrer Zukunft beteiligen und sich gegenseitig unterstützen. Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise müssen die Säulen sein, auf denen maßgeblich der Erfolg unseres Freistaats aufbaut. Mit guter Unterstützung des Freistaats ist es unseren Kommunen gelungen, gute und stabile Lebensbedingungen für unsere Bürger\*innen zu schaffen, hervorragende Standortqualität für die Wirtschaft anzubieten und eine Daseinsvorsorge auf hohem Niveau vorzuhalten. Thüringen ist auf dem Weg vom Niedriglohn-Land zu einer attraktiven Region mit steigender Lebensqualität und besseren Arbeitsbedingungen. Das wollen wir bewahren und die Vorbildstellung auch für die kommenden Jahre absichern. Deshalb streben wir Reformen in Partnerschaft mit den Kommunen an. Ein herausfordernder, aber notwendiger Prozess, dem sich die Sozialdemokratie stellt. Wir kämpfen für gute Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land. Die Schaffung zukunftsfähiger und sinnvoller Gebiets- und Verwaltungsstrukturen in Thüringen verbessert maßgeblich die politischen Voraussetzungen, um sich für eine fortgesetzte solidarische Unterstützung strukturschwacher Räume auf deutscher und europäischer Ebene stark zu machen. Thüringen muss

sich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern und mit strukturschwachen westdeutschen Bundesländern in einem engen Bündnis für die fortgesetzte Angleichung der Lebensbedingungen in unseren Kommunen einsetzen.

Die Kommunen sind die unverzichtbare Basis unseres demokratischen Gemeinwesens. Hier leben die Menschen, hier wird sozialer Zusammenhalt organisiert, hier in unseren Städten und Gemeinden sind Lebensqualität sowie soziale Herausforderungen sichtbar. Deshalb begreifen wir die Kommunen als zentrale Orte zur Umsetzung unserer sozialen Politik. Das staatliche Handeln ist auf ihre funktionierenden Gemeinschaften gestützt. Hier ist der Ort an dem sich die Menschen zu Hause fühlen und sich aktiv in die Zivilgesellschaft einbringen. Kommunen sind somit der wichtigste Berührungspunkt zwischen Bürger\*innen und politischen Entscheidungen und genau deshalb muss die Sozialdemokratie in der Kommune besonders präsent sein.

Die SPD Thüringen muss DIE politische Kraft für unsere Kommunen im Freistaat sein. Die SPD garantiert eine soziale Kommunalpolitik. Die Basis dafür ist ihre starke Verankerung in der Kommunalpolitik, durch Landrät\*innen, Bürgermeister\*innen sowie Kreis- und Gemeinderät\*innen, aber auch ihr Wirken innerhalb der Landesregierung. Durch die Wahl der Regierungsressorts ist die SPD im Land erster Ansprechpartner und wichtigster Anwalt der kommunalen Familie im Freistaat.

Diese besondere Stellung folgt unserem Anspruch, gerechte und zukunftsgerichtete Politik für alle Landesteile und Regionen Thüringens zu gestalten.

## **Moderne Familienpolitik: Generationengerechte Kommune**

Die SPD Thüringen hat die Politik für Familien, Kinder und Jugendliche in den vergangenen Jahren erfolgreich vorangebracht. Nicht nur durch das beitragsfreie letzte Kitajahr und der Einstieg in die Verbesserung des Betreuungsschlüssels oder der Ausbau der örtlichen Jugendförderung ist soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit nach Thüringen zurückgekehrt. Wir haben dafür gesorgt, dass die frühkindliche Bildung verbessert, die Einrichtung von Ganztagschulen vorangebracht und die Familien- und Jugendhilfe verlässlich gefördert wird.

Die bisherigen Erfolge wollen wir fortführen. Dabei werden wir uns weiterhin an den Bedürfnissen von Kindern, jungen Menschen und Familien und Seniorinnen und Senioren orientieren und auf gesellschaftliche Phänomene wie demographischen Wandel und Digitalisierung politisch gestalten. Es ist uns dabei ein besonderes Anliegen, dass die Angebote auch im ländlichen Raum zur Verfügung stehen.

Um weiterhin ein Land zu sein, in dem gerne Familien gegründet und Kinder großgezogen werden sowie ein Altern in Würde möglich ist, braucht es nicht nur eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur, die auf Grundlage kommunaler Planungen nachhaltig gesichert ist. Ebenso muss es eine bedarfsgerechte Infrastruktur bei Bildung, Mobilität und Freizeit geben. Die Bekämpfung von Armut und die Verbesserung von Chancengleichheit im ländlichen Raum wollen wir durch ein dichtes Netz von Institutionen, die Familien jungen und alten Menschen zur Seite stehen gewährleisten. Unsere Zielstellung ist ganz klar: In Thüringen soll kein Kind in Armut leben und ein würdevolles Leben bis ins hohe Alter für Jede und Jeden möglich sein.

Das bedeutet auch, die Kommunen dabei zu unterstützen, ihrer Vorbildfunktion als öffentliche Arbeitgeberinnen nachzukommen: Gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne und sinnvolle Arbeitszeitkonzepte sowohl innerhalb des öffentlichen Dienstes als auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind wichtige Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut. Zudem setzt sich die SPD Thüringen für die Abschaffung der ALG2-Sanktionen ein, um Familien in ALG2-Bezug nicht unnötigerweise zusätzlich zu belasten.

Darüber hinaus setzen wir uns für innovative Konzepte und neue Ideen der Familienpolitik ein. Dazu werden wir in unserer Kommunalpolitik Familien in den Fokus nehmen und mit Hilfe des „Landesprogrammes solidarisches Zusammenleben der Generationen“ eine generationengerechte und familienunterstützende Infrastruktur fördern. Eine Elterninformations-App ist ebenso denkbar wie Modellprojekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in kleinen und mittelständigen Unternehmen.

Die SPD steht für eine Politik, die langfristig denkt und wirkt. Wir sind überzeugt, die Zukunftsthemen erfordern Pläne und Antworten, die deutlich über die kommende Legislatur hinausgehen. Deshalb setzen wir uns für eine Verstetigung sowie Verräumlichung der kommunalen Sozialplanung ein, die fachbereichsübergreifend und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft Bedarfe ermittelt.

## **Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten**

Auch beim Wohnraum bilden sich immer stärker werdende Disparitäten zwischen stark nachgefragten Städten und mit Schrumpfung und Leerstand konfrontierten ländlichen Räumen. Gleichzeitig bedarf es immer größerer Anstrengungen, um Menschen mit geringem Einkommen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die SPD Thüringen wird dafür sorgen, dass alle Menschen im Freistaat bezahlbaren Wohnraum an ihrem Lebensmittelpunkt finden können. Die Devise muss dabei lauten: Sozialen Wohnungsbau ausbauen!

Wir fördern weiter über den revolvierenden Fonds des „Thüringer Wohnungsbauvermögen“ den sozialen Wohnungsbau vor allem in Städten mit angespannter Wohnungslage. Wir möchten auch in Gebieten mit hoher Nachfrage nach Bauland Flächen für geförderten Wohnungsbau ausweisen. In Neubaugebieten soll eine Quote von 20% geförderten Wohnbau erreicht werden. Gleichzeitig müssen die Flächennutzungs- und Bauregularien vereinfacht und stetig an die derzeit schnelllebigen Veränderungen angepasst werden.

Seitens des Bundes fordern wir die dringende Erhöhung der Ausgleichszahlungen für die soziale Wohnungsbauauförderung auf mindestens 2 Milliarden Euro pro Jahr.

## **Jugend stärken**

Wir als SPD wollen die Kommunen mehr darin unterstützen, Jugendliche zu befähigen an dem kommunalen Geschehen mit teilzunehmen. Deshalb werben wir als SPD für mehr Beteiligungsmöglichkeiten, wie z.B. Jugendparlamente oder eine\*e Beauftragte für Kinder und Jugend. Wichtig bleibt, dass Kinder und Jugendliche entscheiden sollen, welches Instrument für sie am besten ist.

Wir wollen jugendliche Mitbestimmung fest im öffentlichen Raum verankern. Öffentliche Spielplätze sind dafür ein idealer Ort. Als Lebensmittelpunkt vieler Kinder bis zum 12. Lebensjahr und Treffpunkt vieler Eltern kann an Spielplätzen z.B. auf Schautafeln unmittelbar und kindgerecht über das aktuelle Geschehen in der Kommune informiert werden. Wenn Kinder früh bei der Gestaltung ihres Spielplatzes mitwirken können, machen sie zudem schon in jungen Jahren die Erfahrung politischer Selbstwirksamkeit. Wir sprechen uns daher vehement gegen den Abbau bestehender öffentlicher Spielplätze aus und wollen, finanzschwache Kommunen bei der Instandhaltung und dem Ausbau öffentlicher Spielplätze finanziell zu unterstützen.

Die Erhöhung der Jugendpauschale, für die die SPD gekämpft hat, war ein wichtiger und richtiger Schritt. Für eine dauerhafte Absicherung braucht es hier nun die gesetzliche Verankerung. Neben der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit und der Jugendarbeit steht die selbstverwaltete Jugendarbeit immer mehr im Interesse junger Menschen. Nicht jede\*r hat ein Interesse daran, sich langfristig an einen Verein oder eine andere Struktur zu binden. Daher sollten Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten mit überschaubaren zeitlichen Horizonten genauso in den Blick genommen werden, wie an dauerhaft arbeitende Strukturen gebundene Vorhaben. Daher fordern wir eine unbürokratische Förderung von Mikroprojekten für Jugendinitiativen und Jugendgruppen.

## **Moderne und bürgernahe Verwaltung**

Unser Freistaat hat sich in den letzten 25 Jahren verändert. Die Verwaltung muss weiterentwickelt werden und steht unter dem Druck des Demografischen Wandels. Anderenfalls könnte unser Land in den Zustand einer Lähmung geraten. Deshalb ist es aus Sicht der SPD Zeit, auf die Veränderungen zu reagieren und für die Zukunft zu handeln. Damit hebt sie sich von der Politik der CDU ab, die über Besitzstandswahrung nie hinaus gekommen ist. Wir wollen, dass Thüringen für die Menschen, die hier leben leistungsfähig bleibt. Die Verwaltung muss für die Bürger\*innen da sein. Deshalb werden wir die Aufgaben und Prozesse innerhalb der Landesverwaltung analysieren und überall dort verändern, wo der Nutzen und der Servicecharakter für die Bürger\*innen und Wirtschaft gesteigert werden kann. Dort, wo Synergieeffekte und Einsparmöglichkeiten entstehen, werden wir diese nutzen.

Thüringen braucht zukunftsfähige Strukturen. Wir scheuen uns nicht davor, die Veränderungen herbeizuführen.

Daran anknüpfend gilt es, die gemeindliche Ebene neu zu ordnen. Vorgängerregierungen unter maßgeblicher Führung der CDU haben den Freistaat lediglich verwaltet, aber nicht für die Zukunft nachhaltig gestaltet. Viele Gemeinden stehen vor großen finanziellen und organisatorischen Herausforderungen. Wir packen die Gemeindeneugliederung an, um bei größtmöglicher Selbstständigkeit, finanzielle Handlungsfähigkeit und flexible sowie effiziente Aufgabenerfüllung zu ermöglichen. Unsere Vorzugsmodelle einer umfassenden Gemeindeneugliederung sind die Einheits- und Landgemeinden mit mindestens 6.000 Einwohner\*innen. Wir nehmen die kommunale Familie beim Wort und in Verantwortung. Wir wollen das Miteinander verbessern. Gemeinsam soll der Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit gefördert werden, um die die Landkreise schrittweise zukunftsfähig aufzustellen und die Effizienz durch Kooperation zu steigern. Gleichzeitig halten wir fest: Die Landkreise stehen hier in Verantwortung, gemeinsam mit der Landesregierung Vorschläge zu unterbreiten. Wir sind überzeugt, ein einfaches „Weiter so“ kann es nicht geben. Wir werden die Ziele des Leitbildes trotz dieser Möglichkeiten verfehlen, wird die gesetzliche Neustrukturierung der Landkreise ein erneuter Handlungsauftrag einer zukünftigen Landesregierung. Die Gemeinden können damit aus einem auf sie passenden Angebot wählen. Wir setzen dabei im ersten Schritt bewusst auf Freiwilligkeit. Allerdings wird es Rosinenpickerei mit uns nicht geben.

Wir werden freiwillige und leitbildgerechte Fusionen großzügig mit Fördermitteln und Strukturbeihilfen unterstützen, damit ein gemeinsamer Start in neuen, bürgernahen und gleichzeitig leistungsfähigeren Strukturen möglich ist.

Die Kreisneugliederung im Freistaat werden wir mit Augenmaß und dem Ziel der Zukunftsfestigkeit weiterverfolgen. Starke und effiziente Kreisstrukturen sind Voraussetzung für bürgernahe kommunale Verwaltungen und eine stabile Gemeindestruktur.

## **Finanzielles Fairplay statt Bedarfszuweisung**

Der neoliberale Zeitgeist und das Mantra der „Schwarzen Null“ haben den Kommunen über die letzten Jahre die Luft zum Atmen abgeschnürt. Die SPD hat in dieser Landesregierung auf Finanzsorgen einiger Kommunen bereits reagiert. Mit zusätzlichen Finanzpaketen haben wir die finanzielle Situation der Kommunen verbessert. So sind die in den Jahren 2012 bis 2014 reduzierten Zuweisungen des Freistaates wieder auf das Niveau der Jahre 2010 und darüber hinaus angehoben worden. Auch die eigenen Steuermehreinnahmen wurden den Kommunen belassen.

Dennoch gibt es viele Gemeinden, die ihre Aufgaben nur noch durch Bedarfszuweisungen erfüllen können. Diesen Gemeinden fehlt die Möglichkeit, ihre Infrastruktur zu erhalten und auf freiwillige Leistungen müssen sie fast vollständig verzichten. Die SPD Thüringen setzt sich deshalb dafür ein, dass beim kommunalen Finanzausgleich vor allem strukturelle Verbesserungen erreicht werden.

Ansatzpunkt ist hierbei die Bedarfsermittlung unter Einbeziehung notwendiger Investitionsmittel. Auch übergeordnet muss schnellstmöglich eine neue Verteilungsgerechtigkeit zwischen Bund, Land und Kommunen hergestellt werden.

Wir wollen sicherstellen, dass die Finanzierung von Gesetzen dort sichergestellt wird, wo sie gemacht werden. Es braucht dazu dringend eine konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips. Wir brauchen Modelle mit langfristigen finanziellen Kompensationen für Landkreise, Städte und Gemeinden. Sie können nicht länger mit Fremdaufgaben alleine gelassen werden.

Um den Kommunen eine finanzielle Perspektive zu schaffen, braucht es ein neues Modell der Konsolidierungshilfe. Wir werden die Möglichkeit eines kommunalen Entschuldungsfonds prüfen.

## **Überholspur statt Investitionsstau**

Die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen hängt davon ab, dringend nötige Investitionen tätigen zu können. Wenn Infrastruktur geschaffen, instandgesetzt und erhalten wird, bleibt Thüringen lebenswert, familienfreundlich und konkurrenzfähig.

Wir haben dafür gesorgt, dass in der aktuellen Legislaturperiode kontinuierlich Investitionen im Land, aber auch in den Kommunen möglich sind. Ein Beispiel dafür ist das 100-Millionen-Programm für Kommunen in den Jahren 2017 und 2018 sowie die Ofinanzierung des Kommunalinvestitionsprogramms des Bundes durch die Landesregierung. Damit können auch Kommunen in Haushalts-sicherung notwendige Investitionen stemmen.

Darüber hinaus prüfen wir, wie eine weitere Unterstützung an Kommunen im Investitionsbereich aussehen kann. Bedarfe werden vor allem in folgenden Bereichen gesehen:

- Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie neue Mobilitätskonzepte
- Kindergärten und Schulen
- Soziale Infrastruktur
- Wohnungswirtschaft
- Kultur und Tourismus, Sportstätten und Bäder
- Gewässerreinigung
- Brandbekämpfung und öffentliche Sicherheit
- Digitale Infrastruktur, Verwaltungsmodernisierung und E-Government

So werden wir gemeinsam mit unserer Digitalisierungsstrategie dazu beitragen, den ländlichen Raum auch in Zukunft attraktiv für junge und ältere Menschen zu gestalten. Wir wollen damit eine weitere Abwanderung verhindern und eine Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung auch abseits der großen Städte sicherstellen.

Um auch den Bund stärker in die Verantwortung zu nehmen, braucht es flexiblere Förderprogramme, die vor allem Kommunen in schwieriger wirtschaftlicher Lage Investitionen ermöglichen. Ansonsten besteht die Gefahr des Auseinanderdriftens von finanz- und investitionsstarken Kommunen und denen, die durch fehlende Mittel oft nicht einmal die notwendigen Eigenanteile für Förderprogramme stellen können.

Ebenso ist es erforderlich, dass Förderprogramme auf Bundesebene einen Kommunal-Check durchlaufen, um den Bedürfnissen der Kommune gerecht zu werden.

## **Digitalisierung als Chance des ländlichen Raums**

Viele Thüringer Verwaltungsbehörden sind bereits gut auf der Höhe der Zeit aufgestellt. Jedoch müssen sie weiter auf die neuen Verwaltungsherausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet werden. Die Verfahren und Arbeitsweisen sind zukünftigen Entwicklungen anzupassen. Unsere Bürger\*innen erwarten zu Recht schnelle, unbürokratischere und dabei qualitativ hochwertige Aufgabenerledigungen unserer Verwaltungsbehörden. Ähnlich wie anderen Lebensbereichen, insbesondere der Wirtschaft, in denen digitale Angebote eine radikale Vereinfachung und Beschleunigung herbeigeführt haben, soll die öffentliche Verwaltung mit ihren E- Governmentangeboten den Service für die Bürger\*innen und Wirtschaftsunternehmen verbessern. Auch für unsere Verwaltungsmitarbeiter\*innen sollen und werden mit verbesserter elektronischer Unterstützung die Arbeitsbedingungen verbessert.

Wir verfügen über die notwendigen Schlüsselressorts für eine erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierungsstrategie im Land. Durch den Breitbandausbau, die weitere Einführung von E-Government-Lösungen und durch das Schaffen von flexiblen und effizienten Verwaltungseinheiten können unsere Kommunen zu Vorreitern werden – wir werden Thüringen flächendeckend auf die Verwaltung 4.0 „upgraden“.

Dafür muss eine kontinuierliche Planung und daraus folgende Unterstützung bei der Verbesserung der digitalen Infrastruktur durch den Freistaat erfolgen. Mit unseren Erfolgen beim Bundesförderprogramm für Breitbandausbau haben wir gezeigt, wie es geht. Sehr bald wird man in allen Orten unseres Landes mit mindestens 50 Mbit/s an die Netzwelt angeschlossen sein. Doch dies reicht uns noch nicht aus. Wir wollen noch besser werden. Um Zukunftstechnologien und Innovationen, wie autonomes Fahren, künstliche Intelligenz, Prozessautomatisierung und jegliche „E-“Anwendungen in unseren Freistaat zu holen, wollen wir die digitale Infrastruktur kontinuierlich weiter ausbauen, um weitaus höhere Übertragungsraten flächendeckend sicherzustellen. Dies ist eine Daueraufgabe und wir werden hier Strukturen etablieren, die insbesondere die Umsetzung in den Kommunen unterstützt.

Um neben der Struktur auch das Know-How in die Breite zu tragen, werden wir eine spezialisierte Beratungseinheit für die Gemeinden und Städte schaffen. Dieses Kompetenzzentrum „Verwaltung 4.0“ wird bei der Einführung und Implementierung digitaler Lösungen und Prozesse helfen. Sie wird im Landesverwaltungsamt angesiedelt sein, aber mobil arbeiten, um vor Ort zu helfen. Wir sind überzeugt, die Bürger\*innen unseres Freistaates haben ein Recht auf annähernd gleiche Lebensbedingungen, unabhängig von ihrem Wohnort. Bei der Vielzahl an Gebietskörperschaften, die heute Thüringen ausmachen, wird es von immenser Bedeutung sein, einheitliche Standards über die gesamte Hierarchie der Thüringer Verwaltung anzubieten.

Auch in der Onlinekommunikation wollen wir unsere Kommunen auf den neuesten Stand bringen. Dazu planen wir einen kostenfreien Werkzeugkasten für digitale Angebote, mit denen die Gemeinden nach innen und außen kommunizieren können.

## **Sicher leben in unserem Freistaat**

Das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Bürger\*innen ist in den letzten Jahren durch viele Einflüsse gesunken. Terrorgefahr, gewaltbereite Extremisten, rassistische Übergriffe, ein stetig sinkendes Aggressionspotential sowie die drastisch angestiegene Hasskriminalität gegenüber Polizist\*innen Journalist\*innen sowie anderen Berufsgruppen und Minderheiten führt zu viel Verunsicherung. Es besteht hier massiver Handlungsdruck, dem wir uns aktiv gestellt haben.

Das SPD-geführte Innenministerium hat in guter Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf diese besondere Situation reagiert.

Durch Priorisierung, Bündelung und Koordinierung konnten zahlreiche Ermittlungserfolge verzeichnet werden. Thüringen ist eines der sichersten Bundesländer.



Sicherheit ist ein ursozialdemokratisches Thema. Schließlich können sich – ohne einen starken Staat – nur die privilegierten Bürger\*innen einen besonderen Schutz leisten. Um in den Kommunen für mehr Sicherheit zu sorgen, werden wir darüber hinaus Modellprojekte für kommunale Sicherheitspartnerschaften schaffen. Dort können Polizei, Ordnungsbehörden, Feuerwehr und Zivilgesellschaft in Präventionsprojekten zusammenarbeiten und das Sicherheitsgefühl und den Informationsaustausch stärken. Weiterhin werden wir uns dafür stark machen, die Kommunen durch den Ausbau von Kompetenzen bei der städtebaulichen Kriminalprävention (u.a. bessere Beleuchtung) zu unterstützen.

Straftaten setzen wir die ganze Kraft des Rechtsstaats entgegen. Straftäterinnen und Straftäter machen wir deutlich, dass ein rechtswidriges Verhalten in keinem Fall toleriert wird, sondern ganz erhebliche persönliche Konsequenzen nach sich zieht.

Ein weiteres Anliegen ist uns der effektive Schutz insbesondere auch von ehrenamtlichen Mandatsträger\*innen, wie Bürgermeister\*innen und Ratsmitgliedern, vor Hasskriminalität. Im Zuge der Bundestagswahl hat sich die Zahl der Angriffe auf politische Personen und Einrichtungen vervielfacht. Es braucht dringend Handlungsempfehlungen und Maßnahmen zum Schutz unserer Demokratie und für die Politiker\*innen vor Ort. Wir werden dazu ein Maßnahmenpaket erarbeiten.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Thüringen bildet einen weiteren Schwerpunkt unserer Politik. Die zunehmenden Rechtsrockkonzerte, die zur Vermittlung rechtsextremen, neonazistischen und rassistischen Gedankengut genutzt werden, haben wir dabei besonders im Fokus. Unser Freistaat ist ein vielfältiges und weltoffenes Bundesland. Solche Konzerte passen deshalb nicht zu unserer Kultur und Wertevorstellung. Wir wollen durch konkrete rechtliche Beratung die Kommunen bei der Anwendung des Versammlungsrechts unterstützen. Ziel muss es sein, es solchen Veranstaltern so schwer wie möglich zu machen, Konzerte dieser Art in Thüringen durchzuführen. Straftaten müssen auch in diesem Zusammenhang konsequent verfolgt werden. Darüber hinaus werden wir das in Thüringen entstandene System der kommerziell getriebenen Verbreitung von Hassideologien austrocknen. Dies ist vornehmlich eine gesellschaftliche Aufgabe, die wir als politische Partei zusammen mit Kirchen und Gewerkschaften sowie der Zivilgesellschaft insgesamt zum Thema machen werden. Um die rechtsextreme Gefahr zu bannen, braucht es couragierte Menschen, die auf die Straße gehen. Diese wollen wir in ihrem Handeln aktiv unterstützen.

## **Gesundheit und Pflege im ländlichen Raum sicherstellen**

Das Vertrauen in die Ärzt\*innen ist hoch, die Zahl der Ärzt\*innen pro Einwohner steigt, es gibt exzellente Kliniken in unserem Freistaat. Aber die Mediziner\*innen und Pflegekräfte in unserem Freistaat sind ungleich verteilt. Oft sind es ländliche und strukturschwache Gebiete, in denen eine Unterversorgung den hohen Gesundheitsstandard unserer Bürgerinnen und Bürger gefährdet.

Wir als SPD stehen für eine gesundheitliche Versorgung, die allen Menschen unabhängig von Einkommen, Wohnort oder Lebensentwurf, zuteilwird. Wir fordern deshalb Gegenmaßnahmen, damit Ungleichbehandlungen bekämpft werden, statt sie weiter zu verschärfen.

Wir als SPD legen ebenso einen Fokus auf die Etablierung der Telemedizin und den Ausbau digitaler Angebote parallel zu etablierten Angeboten, um grundlegende medizinische Untersuchungen möglichst vor Ort durchführen zu können. Dies kann auch durch die Einführung des Berufsbilds des Arztassistent\*innen unterstützt werden.

Wir setzen uns für die Förderung von lokalen Gesundheitszentren ein. In solchen Ärztehäusern wird viel fachärztliche Kompetenz gebündelt, um die Versorgung in der Breite sicherzustellen.

## **Kluger Klimaschutz und Energieeffizienz vor Ort**

Der Klimaschutz und die drastische Erhöhung von Energieeffizienz ist vor dem Hintergrund des voranschreitenden Klimawandels eine zentrale Herausforderung für unsere Kommunen. Um das ehrgeizige Ziel des Klimaschutzplans, bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral zu leben, realisieren zu können, müssen die Kommunen und ihre Bürgerschaft eingebunden werden. Mit ihren Ideen und durch das Schaffen von flexiblen Umsetzungsmodellen per Gesetzgeber kann noch mehr als bisher erreicht werden. Echter Klimaschutz muss dezentral erreicht werden. Er muss die lokalen Gegebenheiten aufnehmen und weiterentwickeln.

Mit innovativen, oft digitalen Lösungen ist es möglich, unseren Bürger\*innen individuelle Ansätze aufzuzeigen. So ist die Kraft-Wärme-Kopplung ein hocheffizientes System, das dezentral in den jeweiligen Haushalten eingesetzt werden kann. Auch das Erneuern von Heizanlagen und die Steuerung via Smart- Meter können mit kleinem Aufwand hohe Einsparpotenziale erreichen.

Die energetische Gebäudesanierung bleibt für uns ein wichtiger Beitrag, um den Energieverbrauch zu senken und damit sowohl zum Klimaschutz als auch zur Senkung der Heizkosten beizutragen. Allerdings hat die überwiegende Dämmung mit Styropor zur Einförmigkeit der Baukultur und Verdrängung regionaltypischer Baustoffe geführt. Deshalb wollen wir die Art und Weise von Gebäudedämmung hinsichtlich der Baustoffe und der Dämmtechnik überdenken und Wege beschreiten, die den Einsatz nachhaltiger Dämmmaterialien wirtschaftlich möglich macht.

Wir sehen die Kommunen als Pioniere für den modernen Klimaschutz im Energiewende-Land. Dafür müssen Sie von der Bundesregierung unterstützt werden, die auf internationalen Konferenzen ehrgeizige, aber wichtige Klimaziele festgeschrieben hat. Die SPD Thüringen fordert deshalb eine spezielle Förderung neuer Konzepte und Modellprojekte in Kommunen. Daneben braucht es einen Ausbau individueller Energieberatung für Kommunen und Stad/Kreiswerke.

Die Aufstockung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms des Bundes auf mindestens 5 Milliarden Euro jährlich ist aus unserer Sicht unausweichlich. Nur so scheint die Erreichung des Klimaschutzziels für die Kommunen realistisch. Die Anpassung und Erweiterung der Förderkriterien, um flexibel auf den jeweiligen Gebäudezustand, Denkmalschutzaspekte und finanzielle Voraussetzungen eingehen zu können, muss damit einhergehen.

# **Verlässlichkeit, Sachlichkeit und Entschlossenheit – Neue bildungspolitische Leitlinien der SPD Thüringen (L2)**

## **Vorbemerkung**

2001 hat die Thüringer SPD die bildungspolitischen Leitlinien „Zukunft gestalten – schulische Bildung fördern“ beschlossen. Sie sind seitdem die wichtigste programmatische Basis für unsere Bildungspolitik gewesen. Viele der 2001 benannten Herausforderungen haben wir erfolgreich angehen können, mit Verlässlichkeit, Sachlichkeit und Entschlossenheit. Neue Herausforderungen sind inzwischen entstanden. Es ist daher an der Zeit, unserer bildungspolitischen Arbeit in den Bereichen frühkindliche Bildung, Schule, Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen neue programmatische Leitlinien zugrunde zu legen.

## **Wofür wir stehen**

Soziale Teilhabe und Aufstieg durch Bildung gehören zur sozialdemokratischen Programmatik und Politik wie die Gleichstellung von Mann und Frau, die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft oder eine gerechte Wirtschaftsordnung – und das seit über 150 Jahren. Wir wollen, dass ein gutes und erfülltes Leben nicht von der sozialen oder ethnischen Herkunft oder dem Geldbeutel abhängt. Jeder Mensch soll faire Chancen erhalten, sich durch eigene Anstrengungen und Fähigkeiten seine Position in der Gesellschaft zu erarbeiten. Das Bildungssystem muss diesen Prozess von Anfang an unterstützen. Ungleiche Startchancen lassen sich im späteren Leben nur noch schwer ausgleichen. Deshalb müssen wir früh mit der Förderung durch Bildung beginnen. Nur so ermöglichen wir es jedem Menschen, gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben.

Auf der Basis dieser Grundüberzeugungen haben wir in Regierungsverantwortung seit 2009 maßgeblich die Bildungspolitik Thüringens geprägt. Unter sozialdemokratischer Leitung hat das Thüringer Bildungsministerium den Freistaat zu einem Vorzeigeland der frühkindlichen Bildung gemacht. Von dem 2010 eingeführten Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kita-Platz und den deutlichen Verbesserungen der Rahmenbedingungen im Kita-Bereich haben bis heute nicht nur die Kinder in den Einrichtungen und ihre Eltern profitiert, sondern auch Erzieherinnen und Erzieher. Rund 2.500 Beschäftigte wurden zusätzlich eingestellt und haben so eine berufliche Perspektive in Thüringen erhalten. Die SPD hat entschlossen und gegen die Widerstände des damaligen Koalitionspartners die Gemeinschaftsschule etabliert und damit längeres gemeinsames Lernen bis mindestens Klasse 8 ermöglicht. Es wurde für deutlich mehr neue Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen gesorgt und mit dem „Entwicklungsplan Inklusion“ ein bundesweit vorbildliches Konzept zur schrittweisen Realisierung eines inklusiven Bildungswesens in Thüringen erarbeitet.

Auch in der seit 2014 bestehenden Regierungskoalition hat die SPD zentrale bildungspolitische Weichenstellungen mit angestoßen. Mit der Einführung des beitragsfreien Kita-Jahres wird ein wichtiges Wahlversprechen erfüllt: Wir sorgen für eine spürbare finanzielle Entlastung Thüringer Familien. Die von uns durchgesetzte Rückkehr zur Lehrerverbeamtung ermöglicht es dem Freistaat, künftig im bundesweiten Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchspädagoginnen und -pädagogen wieder besser bestehen zu können. Mit einem noch breiteren Einstellungskorridor für junge Lehrerinnen und Lehrer setzen wir ein Zeichen gegen Stundenausfall und für eine bessere Unterrichtsabdeckung. Durch das neu geschaffene Bildungsfreistellungsgesetz haben nun endlich auch die Thüringer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf bezahlte Beurlaubung zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen.

Nicht nur für uns steht daher fest: Die SPD ist die Bildungspartei Thüringens, unsere Bildungspolitik ist geprägt von Verlässlichkeit, Sachlichkeit und Entschlossenheit. Auch die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat vertrauen unserer bildungspolitischen Kompetenz. Das zeigen uns unabhängige Wählerbefragungen seit Jahren. Diese Tatsache ist für uns ein Ansporn, in unserem bildungspolitischen Engagement in den kommenden Jahren nicht nachzulassen und weiterhin die entscheidenden Impulsgeber für eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Thüringer Bildungswesens zu sein.

## **Frühkindliche Bildung**

Ein guter Start ist wichtig. Oftmals entscheidet schon der frühe Zugang zu Bildungs- und Förderangeboten über die Bildungsbiographie eines Menschen und damit auch über seine späteren Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung in Thüringen ist daher für uns eine zentrale Aufgabe. Der Freistaat verfügt nicht zuletzt dank der SPD über ein flächendeckend ausgebaut und qualitativ hochwertiges Kita-Angebot, das von den Thüringer Familien in hohem Maße nachgefragt und geschätzt wird.

Unser Hauptziel ist es daher, den Kita-Bereich qualitativ weiter auszubauen und dort schrittweise weitere Verbesserungen bei den Betreuungsrelationen und den Arbeitsbedingungen der mit großem Engagement tätigen Erzieherinnen und Erzieher zu erreichen. Gleichzeitig streben wir an, die Beitragsfreiheit Schritt für Schritt auf sämtliche Kita-Besuchsjahre auszudehnen. Denn unsere Grundüberzeugung ist und bleibt es, dass der Zugang zu Bildung von der Kita bis zur Berufsausbildung oder dem Studium grundsätzlich beitrags- und gebührenfrei sein muss.

Daher werden wir uns insbesondere für folgende Punkte einsetzen:

- Um auch in Zukunft hohe pädagogische Standards in der frühkindlichen Bildung zu garantieren, muss im Kita-Bereich am Fachkräftegebot festgehalten werden. Gleichzeitig gilt es, den Betreuungsschlüssel in den Einrichtungen schrittweise weiter anzuheben. Mit der Verbesserung des Betreuungsschlüssels ermöglichen wir den Kindertagesstätten auch, die Herausforderungen einer inklusiven frühkindlichen Bildung gut zu meistern.
- Erzieherinnen und Erzieher tragen in der frühkindlichen Bildung eine hohe pädagogische Verantwortung. Deshalb muss ihr Beruf weiter aufgewertet werden. Dazu zählt für uns die deutlichere Profilierung von Ausbildungsangeboten an Fachschulen und Hochschulen sowie deren regelmäßige Evaluierung. Die Berufsausbildung für den Fachbereich Sozialwesen und ihre Zugangsvoraussetzungen überprüfen wir kritisch und entwickeln sie weiter.
- Um die Ausbildungsentscheidung junger Menschen im Erzieherbereich zu erleichtern und landesweit die Fachkräfteabsicherung zu garantieren, ist ein regelmäßiges Berichtswesen zur Personalsituation, zum Personalbedarf und zur geplanten Personalentwicklung in der frühkindlichen Bildung erforderlich. Auf Landesebene sollen die Ergebnisse aus der regelmäßigen Evaluierung der Ausbildungseinrichtungen, wie etwa die Vermittlungsquote in den Arbeitsmarkt, und der zukünftige Fachkräftebedarf in Thüringer Kindertageseinrichtungen ausgewiesen werden.
- Die Arbeit in den Kindertagesstätten und in der Tagespflege muss beständig weiterentwickelt werden, um die frühkindliche Bildung in Thüringen auf einem hohen Niveau zu halten. Die Erzieherinnen und Erzieher im Kita-Bereich brauchen daher kontinuierliche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Dies gilt für die pädagogische Arbeit am Kind ebenso wie für die Arbeit mit Eltern und Kooperationspartnern. Hinzu kommen spezifische Herausforderungen in den Bereichen Inklusion. Um einheitliche, hohe Qualitätsstandards in der Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen, erscheint zudem die Einrichtung einer vom Land und allen Partnern der Kindertagesbetreuung getragenen „Thüringer Akademie Frühe Bildung“ und ein integriertes Kita-Institut für Qualitätsentwicklung überlegenswert.

- Gute Arbeit muss fair entlohnt werden. Unser Ziel ist es, dass die Beschäftigten aller Kindertagesstätten gute, tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen haben. Die Trägerschaft der Einrichtungen darf dabei keine Auswirkung auf die Löhne haben. Daher brauchen wir eine landesweite Orientierung an den Bestimmungen des Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst. Nur so können Arbeitsplatzwechsel auf Grund von Lohnunterschieden verringert und die personelle Kontinuität in den Einrichtungen erhöht werden.
- Die ungleiche Verteilung sozialer Problemlagen auf Wohngebiete und Stadtviertel spiegelt sich in den Kindertageseinrichtungen. Findet eine räumliche Konzentration sozialer Problemlagen statt, sind diese auch in den jeweiligen Kindertagesstätten gehäuft. So liegt der Anteil derjenigen Kinder, deren Kita-Gebühren vollständig vom Jugendamt übernommen werden, in einigen Einrichtungen bei über 70 Prozent. In anderen Einrichtungen liegt der Anteil hingegen bei 0. Der ungleichen Verteilung der Problemlagen muss durch bedarfsgerechte Zuweisungen der Ressourcen begegnet werden. Dort, wo ein höherer Bedarf an Betreuungsleistung und spezifischen Förderbedarfen vorliegt, muss auch eine stärkere Unterstützung durch das Land erfolgen. Das Gleiche gilt für Einrichtungen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund.
- Zur Unterstützung von Familien und die Öffnung der Kindertageseinrichtungen in den Sozialraum setzen wir uns weiterhin für den bedarfsgerechten Ausbau von Kitas zu „Thüringer Eltern-Kind-Zentren“ (ThEKiZ) ein. Eltern-Kind-Zentren sind Kindertageseinrichtung mit besonders ausgeprägter Familien- und Sozialraumorientierung. Sie leisten damit eine Unterstützung von Familien und insbesondere derjenigen Eltern, die aus unterschiedlichen Gründen auf Hilfe, Beratung und Förderung angewiesen sind.
- Die Einführung des beitragsfreien Kita-Jahres ist ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zu der von uns angestrebten Beitragsfreiheit aller Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Hochschule. Schrittweise sollen daher sämtliche Kita-Besuchsjahre beitragsfrei gestellt werden. Das Land kann das aber nicht alleine schaffen. Es ist notwendig, dass sich auch der Bund dauerhaft am Ausbau der Kita-Finanzierung beteiligt. Dafür werden wir uns in Berlin einsetzen und auf eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich drängen.

## Schule

Die Pädagoginnen und Pädagogen an den Thüringer Schulen leisten mit hohem Engagement und unter teilweise schwierigen Bedingungen hervorragende Arbeit. Das dokumentieren nationale und internationale Schulleistungsvergleiche seit Jahren eindrucksvoll. Thüringer Schülerinnen und Schüler liegen in zentralen schulischen Kompetenzbereichen bundesweit vorne und befinden sich mit ihren Leistungen teilweise sogar im internationalen Spitzenbereich. Deutlich wird in diesen Vergleichsstudien auch, dass es Thüringen besser als anderen Bundesländern gelingt, den schulischen Lernerfolg von der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler zu entkoppeln. Nicht zuletzt ist Thüringen auch bei der Bereitstellung ganztägiger Betreuungsangebote und bei den finanziellen Aufwendungen des Landes und der kommunalen Schulträger je Schüler bundesweit führend. Auf diese Erfolge und auf die von unseren Pädagoginnen und Pädagogen an den Schulen tagtäglich geleistete Arbeit kann Thüringen mit Recht stolz sein. Die trotz dieser positiven Tatsachen durchaus bestehenden Strukturprobleme im Thüringer Schulwesen dürfen nicht dazu führen, das bisher Erreichte pauschal schlechtzureden.

Seit der Wiedergründung des Freistaats 1990 haben die Thüringer Pädagoginnen und Pädagogen sich einer Fülle von Herausforderungen gestellt und sie erfolgreich bewältigt. Stichwortartig genannt seien hier nur das Ende des DDR-Bildungswesens und damit verbunden der Aufbau des heutigen Schulsystems, die fundamentale Veränderung verfassungsrechtlicher, gesetzlicher und bildungs-

politischer Rahmenbedingungen für Schule, der kontinuierlich anhaltende Wandel des eigenen Berufsbildes und professionellen Selbstverständnisses, die jahrelange Begrenzung des eigenen Beschäftigungsverhältnisses durch Floating und Teilzeit-Verbeamtung, die jahrelange Aussetzung von Neueinstellungen in den Schuldienst, die aus der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erwachsenden Anforderungen und nicht zuletzt ab 2015 die Aufnahme einer großen Zahl geflüchteter Kinder und Jugendlicher an den Thüringer Schulen. Die Vielzahl und Komplexität dieser Veränderungen hat bei vielen Betroffenen den Eindruck fehlender bildungspolitischer Kontinuität und Stabilität hinterlassen.

Was die Pädagoginnen und Pädagogen im Freistaat daher in den nächsten Jahren am nötigsten brauchen, sind bildungspolitische Verlässlichkeit, eine mit moderatem Tempo und ohne Überforderungen erfolgende, sachlich begründete Weiterentwicklung des Thüringer Schulwesens und stabile Rahmenbedingungen für die eigene Arbeit. Dafür steht die SPD. Eine ruhige und kontinuierliche Entwicklung der schulischen Bildung ist jedoch auch nicht mit bildungspolitischer Passivität zu verwechseln. Es bestehen unzweifelhaft Strukturprobleme im Thüringer Schulwesen – sie sind lösbar, und sie müssen gelöst werden. Die SPD ist dazu bereit: mit Sachlichkeit, einem Blick für das Machbare und Entschlossenheit bei der Umsetzung der erforderlichen Lösungsansätze.

Daher werden wir uns insbesondere für folgende Punkte einsetzen:

- Priorität im Schulbereich muss eine flächendeckende Unterrichtsabsicherung haben, denn das ist die Grundvoraussetzung einer guten schulischen Bildung aller Kinder. Schulzeugnisse, bei denen Benotungen fehlen, weil in den betreffenden Fächern der Unterrichtsausfall zu groß gewesen ist, darf es in Thüringen nicht geben. Der Schlüssel hierzu ist eine verlässliche Personalplanung.
- Im Gegensatz zu früheren Prognosen ist mindestens bis 2025 mit steigenden Schülerzahlen zu rechnen. Die bisherigen Berechnungen zum landesweiten Personalbedarf im Schulbereich sind daher regelmäßig zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen.
- Neben der Ausweisung der landesweiten Personalbedarfe muss eine langfristige schulart- und fachspezifische Bedarfsausweisung erfolgen, die Lehramtsstudierenden, Hochschulen, Studienseminaren und nicht zuletzt den Schulämtern Orientierung und Planungssicherheit bietet.
- Ferner muss die Personalausstattung der Schulen ähnlich wie im Kita-Bereich künftig so erfolgen, dass die zur Unterrichtsabdeckung im Krankheitsfall nötigen Personalressourcen von Anfang an als „Overhead“ mit berücksichtigt werden und den Einrichtungen direkt zur Verfügung gestellt werden. Dies kann in Form fester Personalstellen oder eines Schulbudgets, welches das selbständige Abschließen von Honorarverträgen ermöglicht, geschehen.
- Mit der Notwendigkeit, den Thüringer Schulen auskömmliche personelle Rahmenbedingungen für gute Bildung und eine flächendeckende Unterrichtsabsicherung zu bieten, ist die Frage eng verbunden, wie effizient das vorhandene Lehrpersonal eingesetzt wird. Auf dem Papier hat Thüringen in allen Schularten ein im bundesweiten Vergleich hervorragendes Schüler-Lehrer-Verhältnis. Der Schulalltag ist in den letzten Jahren jedoch zunehmend von Lehrermangel und Unterrichtsausfall geprägt gewesen. Diese paradoxe Situation muss aufgelöst werden. Es gilt, offenkundig vorhandene Effizienzreserven beim Einsatz des bestehenden pädagogischen Personals zu identifizieren und zugunsten der Thüringer Schulen zu aktivieren. Dazu benötigen Bildungsministerium und Schulverwaltung endlich eine zeitgemäße Personalplanungssoftware, die einen konkreten Überblick darüber ermöglicht, welche Lehrerinnen und Lehrer mit welchen Aufgaben und Stellenanteilen an welchen Schulen bzw. im außerschulischen Bereich eingesetzt sind.
- Die Erfahrung aller anderen Bundesländer zeigt, dass für eine langfristige Personalplanung im

Schulbereich sowie für einen effizienten Einsatz der vorhandenen Lehrerinnen und Lehrer auch eine verbindliche Festschreibung von Schul- und Klassengrößen erforderlich ist. Deshalb muss Thüringen diesen Weg nun ebenfalls einschlagen. Maßgabe hierbei müssen pädagogische Überlegungen beispielsweise zum Fächerangebot in den Abschlussklassen, zur fachgerechten Vertretung im Krankheitsfall oder zur Ermöglichung eines kontinuierlichen fachlichen Austauschs unter den Pädagoginnen und Pädagogen sein. Das darf aber nicht dazu führen, kleine Schulstandorte im ländlichen Raum pauschal in Frage zu stellen. Auch kleine Schulen können durch intelligente Organisationsmodelle wie dem der Thüringer Sprengelschule so gestaltet werden, dass an ihnen bei effizientem Personaleinsatz eine hohe Bildungsqualität vermittelt und eine kontinuierliche konzeptionelle Weiterentwicklung ermöglicht werden kann.

- Im Mittelpunkt jeder Entscheidung über das Fortbestehen eines Schulstandorts muss daher das Wohl der betroffenen Schülerinnen und Schüler unter pädagogischen Erwägungen stehen. Es ist dementsprechend zunächst zu prüfen, ob ein effizienterer Personaleinsatz in einer kleinen Schule nicht auch durch schulorganisatorische Maßnahmen wie jahrgangsübergreifenden Unterricht oder durch einen Zusammenschluss mit anderen Schulen zu einem Schulsprengel zu erreichen ist.
- Der Generationswechsel in der Thüringer Lehrerschaft wird auch in den kommenden Jahren anhalten. Bis 2025 werden bis zu 7.500 Lehrerinnen und Lehrer altersbedingt aus dem Schuldienst ausscheiden. Sie durch eine ausreichend große Zahl an qualifizierten Nachwuchspädagoginnen und -pädagogen zu ersetzen, wird ein bildungspolitischer Kraftakt, zumal sich Thüringen bei diesem Punkt im bundesweiten Wettbewerb behaupten muss. Wir wollen dieser Herausforderung mit einer verlässlichen Berufsperspektive für Lehrerinnen und Lehrer begegnen. Sachgrundlose Befristungen lehnen wir grundsätzlich ab. Die Rückkehr zur Lehrerverbeamtung und die bessere Besoldung der Regelschullehrerinnen und -lehrer sind wichtige Schritte, um die Attraktivität des Lehrerberufs im Freistaat zu steigern. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen.
- Ziel ist es, dass alle Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten im Eingangssamt A13 verbeamtet oder im entsprechenden Tarif angestellt werden. Dieser Schritt ist auch notwendige Voraussetzung für den von uns langfristig angestrebten Wechsel von der schularten- hin zur schulstufenbezogenen Lehrerbildung.
- Zur Attraktivität des Schuldienstes gehört auch, dass Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten rechtsichere Entwicklungs- und Beförderungsmöglichkeiten haben. An den Thüringer Schulen besteht jedoch seit Jahren ein regelrechter Beförderungsstau, weil im Besoldungsgesetz des Landes nicht die für Beförderungen nötigen Funktionsstellen festgeschrieben sind. Das muss schnellstmöglich geändert werden, denn nur so öffnen wir ebenso attraktive wie rechtssichere Karrierewege im Thüringer Schuldienst und können langfristig den Personalbedarf im Schulleitungsbereich decken.
- Weitere attraktivitätssteigernde Maßnahmen, wie die bedarfsgerechte Fortentwicklung des Studienplatzangebotes, die Auflage eines Stipendienprogramms für Lehramtsstudierende in Mangelfächern oder verbesserte Beförderungsmöglichkeiten im Schuldienst, müssen folgen. Gleichzeitig sind die Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren schrittweise zu erhöhen, die Bewerbungs- und Einstellungsverfahren für den Schuldienst sind zu entbürokratisieren und spürbar zu beschleunigen. Im Ergebnis sollen Studienbewerberinnen und -bewerber wissen: Wenn sie in Thüringen ein Lehramtsstudium aufnehmen und gute Leistungen zeigen, erhalten sie hier eine verlässliche und attraktive Perspektive. Aufgrund der angespannten Lage können auch die Einstellung Seiteneinsteiger\*innen ein mögliches Instrument sein. Jedoch muss dieses weiterhin eine Ausnahme sein. Zudem bedarf es einer

Qualifizierung. Wir setzen uns dafür ein, dass Quereinsteiger\*innen ein Referendariat durchlaufen.

- Genau wie bei der frühkindlichen Bildung spiegelt sich an den Schulen die ungleiche Verteilung sozialer Problemlagen auf Wohngebiete und Stadtviertel. Deshalb muss auch im Schulbereich zu einer an Sozialindikatoren orientierten Ressourcenvergabe übergegangen werden. Dort, wo es höheren pädagogischen Bedarf an Betreuungs- und Förderleistungen für die Schülerinnen und Schüler und größere Herausforderungen durch soziale Problemlagen für die Lehrkräfte gibt, muss auch mehr getan werden. Das bedeutet, dass die Ausstattung der einzelnen Schulen, aber auch die dauerhafte Bereitstellung von Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern erhöht sowie von DaZ-Lehrkräften stärker am konkreten Bedarf vor Ort orientiert werden sollen.
- Die Thüringer Gemeinschaftsschule hat sich erfolgreich als leistungsstarke und sozial gerechte Schulart etabliert. Um das längere gemeinsame Lernen flächendeckend auszubauen, müssen nun alle Entwicklungshemmnisse, die eine vor Ort gewünschte Gründung von Gemeinschaftsschule verzögern oder aufhalten können, beseitigt werden. Gleichzeitig wird an der Vielfalt möglicher Organisationsmodelle der Gemeinschaftsschule festgehalten, um in Stadt und Land passgenaue und bedarfsgerechte Angebote des längeren gemeinsamen Lernens realisieren zu können. Aufgrund der spezifischen pädagogischen Anforderungen, die mit der Arbeit an der Thüringer Gemeinschaftsschule verbunden sind, sind ein entsprechender Lehramtsstudiengang und das korrespondierende Lehramt einzuführen. Dies ist auch ein wichtiger Schritt hin zu unserem Ziel, langfristig von der schularten- hin zur schulstufenbezogenen Lehrerbildung zu wechseln.
- Thüringen hat sich auf den Weg gemacht, schrittweise ein inklusives Schulsystem zu realisieren, das den Prinzipien der Chancengerechtigkeit und Diskriminierungsfreiheit verpflichtet ist. Es soll das gemeinsame Leben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderungen bei bestmöglicher individueller Förderung ermöglichen. Konzeptionelle Ausgangsbasis und Richtschnur dieses Prozesses ist der bundesweit vorbildliche „Entwicklungsplan Inklusion“. Er ist für die kommenden Jahre fortzuschreiben und weiterhin regional differenziert umzusetzen. Das bedeutet auch, dass den Schulen die notwendigen personellen und materiellen Ressourcen für eine gelingende Inklusion zur Verfügung gestellt werden und dass die Förderschule als Bestandteil des Bildungswesens erhalten bleibt.
- Eine Herausforderung der kommenden Jahre wird die schulische und berufliche Qualifizierung von Zugewanderten sein. Wir wollen keine Separation und wir wollen kein Ausspielen verschiedener Schülergruppen gegeneinander. Wir wollen gleiche und gute Bildungschancen für alle. Deshalb werden wir den Schulen mit besonderen Herausforderungen in der Integration das erforderliche Sprachlehr- und sozialpädagogische Personal zur Verfügung stellen.
- Ganztagschulen bieten mehr Zeit für gute Bildung und bessere Chancen für eine enge Verzahnung von Schulen mit dem kommunalen und regionalen Lebensumfeld. Mit dem Thüringer Modell der Einheit von Grundschule und Hort wird allen Grundschülerinnen und Grundschulern ein offenes und freiwilliges Ganztagsangebot eröffnet. Nun gilt es, weitere Schritte in der qualitativen Entwicklung schulischer Ganztagsangebote zu gehen. Hierzu wollen wir ein Ganztagsschulprogramm auflegen, mit dem sich Schulen, in denen Eltern, Lehrer und Schüler dies wünschen, auf den Weg machen können, ihre Angebote qualitativ auszubauen und besser mit dem Unterricht zu verzahnen. Dieses Ganztagsschulprogramm soll auch Schulen der Sekundarstufe I offen stehen.
- Die Thüringer Schulen brauchen mehr Eigenverantwortung. Sie sollen künftig über ein eigenes Schulkonto und ein Sachmittelbudget verfügen. Bei größeren Schulen sollte zudem die Stelle einer eigenständigen Verwaltungsleiterin bzw. eines Verwaltungsleiters eingerichtet werden.



Ferner benötigen die Schulen mehr Kompetenzen bei Personalauswahl, Personalentwicklung und Personalführung. Hierzu gehört auch, schrittweise allen Schulen die Möglichkeit zur schulscharfen Stellenausschreibung zu eröffnen. Damit können sie Lehrerinnen und Lehrer gewinnen, die nicht nur fachlich qualifiziert sind, sondern auch zum jeweiligen Profil der Bildungseinrichtung passen. Gleichzeitig wollen wir den Schulen mehr Freiheiten bei der Gestaltung des Unterrichts geben.

- Viele Lehrerinnen und Lehrer haben gute und innovative Ideen für neue Ansätze im Unterricht. Wir wollen ihr Engagement fördern und ihnen die Gelegenheit geben, ihre Vorstellungen in die Praxis umzusetzen. Dabei ist es zunächst erforderlich, den Pädagoginnen und Pädagogen eine Plattform zum fachlichen Austausch und zur gemeinsamen Diskussion der unterschiedlichen Vorhaben zu bieten. Die besten Innovationsvorschläge sollten „Schule machen“. Wir wollen unsere Schulen im Sinne des Europäischen Gedankens weiterentwickeln. Um allen Schülern unabhängig von der weiteren Bildungslaufbahn die Chance zu geben, europäische Erfahrungen zu sammeln, setzen wir uns für die Förderung und den Aufbau eines europäischen Austauschprogramms für Schülerinnen und Schüler in der neunten und/oder zehnten Klassenstufe ein, und zwar schulformunabhängig.
- Schule ist weit mehr als Fachunterricht. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen Schulen auch als Lern- und Lebensorte für Demokratie. Daher müssen Schüler und Eltern mehr organisierte Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten an den staatlichen Schulen erhalten. Sie sollen aktiv an der Schulentwicklung teilhaben und damit auch verstärkt Verantwortung für ihre Schule übernehmen. Die Schulkonferenz als Ort demokratischer Mitgestaltung der Schulgemeinde muss in ihren Kompetenzen weiter gestärkt werden, Schülerparlamente sind vom Land aktiv zu fördern.
- Guter Unterricht basiert nicht alleine auf erfolgreichen pädagogischen Konzepten und zeitgemäßen Schulstrukturen. Guter Unterricht hängt auch davon ab, in welchem baulichen Zustand sich Schulgebäude befinden und über welche Raum- und Sachausstattung sie verfügen. Wer die Schulgebäude in Thüringen kennt, weiß, dass hier an vielen Stellen trotz großer Bemühungen der Schulträger nach wie vor Handlungsbedarf besteht. Gemeinsam mit dem Bund muss Thüringen die Kommunen auch weiterhin bei der Sanierung und beim Ausbau von Schulen unterstützen. Dabei ist es notwendig, ein zeitgemäßes Arbeitsumfeld für die an den Schulen tätigen Sozialpädagoginnen- und pädagogen in der Schulsozialarbeit zu schaffen. Unser Ziel ist es, dass sie künftig an ihren Schulen über einen eigenen und sächlich gut ausgestatteten festen Arbeitsplatz verfügen. Zudem muss die Schulbaurichtlinie des Landes kontinuierlich fortgeschrieben werden, damit sie den sich wandelnden spezifischen Bedarfen der Schulen besser gerecht wird.
- Alle Bundesländer stehen vor gewaltigen bildungspolitischen Herausforderungen, die sie aus eigener Kraft kaum bewältigen können. Ob es um die Ermöglichung eines beitragsfreien Zugangs zu allen Bildungseinrichtungen vom Kita-Bereich bis zur Hochschule, den weiteren Ausbau der Kita-Plätze im Westen bzw. die weitere Verbesserung der Betreuungsqualität in der frühkindlichen Bildung im Osten, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention oder den Ausbau von schulischen Ganztagsangeboten und der Schulsozialarbeit geht: In all diesen Punkten brauchen die Länder dauerhafte Unterstützung des Bundes. Der Bund muss daher mehr Verantwortung in der Bildungspolitik übernehmen und er muss sich in der Bildungsfinanzierung stärker und nachhaltig engagieren. Dies ist allerdings ohne eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbotes im Grundgesetz nicht möglich. Die SPD wird sich im Interesse Thüringens daher weiter für eine entsprechende Verfassungsänderung einsetzen.

- Bildung findet auch in jungen Jahren nicht ausschließlich an Schulen statt. Fast alle Schüler\*innen engagieren sich in ihrer Freizeit in Vereinen vom Sport über Jugendfeuerwehr hin zu politischen Jugendverbänden wie den Falken oder der Naturfreundjugend. Diese oft ehrenamtlich organisierten Akteur\*innen der Jugendbildungsarbeit übernehmen wichtige Aufgaben bei der Vermittlung demokratischer Grundwerte, ermöglichen Kindern und Jugendlichen sich auszuprobieren und Selbstwirksamkeit zu erfahren und eigenständige Ziele für ihre Zukunft zu entwickeln. Außerschulische Jugendbildung sind Grundvoraussetzungen schulischen Erfolg und verdienen daher eine besondere symbolische wie auch finanzielle Unterstützung.“
- Wir brauchen dringend eine Strategie gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus an Schulen. Neben einer Verankerung einer fächerübergreifenden Demokratieerziehung und Sensibilisierung für Alltagsrassismen wollen wir konkrete Handlungskonzepte entwickeln und umsetzen, mit denen sowohl auf Unterrichtsebene sowie in aus einer gesamtschulischen Perspektive individuelle, institutionelle und strukturelle Diskriminierung erkannt und gemeinsam mit den Schüler\*innen kritisiert und aufgearbeitet werden kann.“

## **Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen**

Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es, dass jeder Mensch am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben selbstbewusst und selbstbestimmt teilhaben kann. Dafür braucht es eine qualitativ hochwertige frühkindliche und schulische Bildung, die beste Startchancen ins Leben eröffnet. Wir wollen aber auch diejenigen unterstützen, die aufgrund ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft nicht von diesen Startchancen profitieren konnten oder in ihrem Leben neue Chancen nutzen wollen.

Deshalb gilt es, die Erwachsenenbildung als gleichberechtigte und gleichwertige Säule unseres Bildungssystems weiter zu stärken. Lebenslanges Lernen ist für uns das verbindende Element, das von Kindheit an bis ins hohe Alter eine aktive gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Volkshochschulen sind dabei für uns von zentraler Bedeutung.

Daher werden wir uns insbesondere für folgende Punkte einsetzen:

- Thüringen verfügt über ein vielfältiges, qualitativ hochwertiges, wohnortnahes und bezahlbares Erwachsenenbildungsangebot freier und öffentlicher Träger. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Deshalb ist das Land in der Pflicht, dauerhaft für eine angemessene, verlässliche und transparente Förderung der Erwachsenenbildung zu sorgen.
- Mit der Dynamisierung der Grundförderung ist ein erster Schritt unternommen worden, die reale Ausgabenentwicklung bei Trägern und Einrichtungen der Erwachsenenbildung kontinuierlich bei der Landesförderung zu berücksichtigen. In einem weiteren Schritt muss künftig auch die Förderung der Unterrichtsstundenvergütung dynamisiert werden, da auch die Ausgaben der Erwachsenenbildung in diesem Bereich nicht von der allgemeinen Lohn- und Preisentwicklung abgekoppelt sind.
- Gute Arbeit muss auch in der Erwachsenenbildung fair entlohnt werden. Oftmals gestalten sich die Arbeitsbedingungen der Erwachsenenbildnerinnen und -bildner aber schwierig, denn befristete Beschäftigungsverhältnisse und geringe Einkommen sind in der Thüringer Erwachsenenbildung weit verbreitet. Wir unterstützen daher die Bemühungen der Gewerkschaften, zu guten, tarifvertraglich geregelten Arbeitsbedingungen zu kommen – unabhängig von der Trägerschaft der Einrichtungen und mit Löhnen, die sich an der Höhe des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst orientieren.
- Jeder Mensch soll aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dies ist allerdings nur möglich, wenn er über grundlegende Bildungskompetenzen verfügt. Veranstaltungen der

Erwachsenenbildung zur Grundbildung und zur Alphabetisierung müssen daher auch künftig flächendeckend in Thüringen angeboten werden.

- Die Thüringer Erwachsenenbildung stellt sich erfolgreich und mit hohem Engagement der Integration zugewanderter Menschen. Diese Integrationsarbeit wird auch in den kommenden Jahren erforderlich sein und absehbar zu einer Daueraufgabe der Erwachsenenbildung werden. Um diese Herausforderung auch langfristig bewältigen zu können, ist eine dauerhaft verlässliche Förderung durch das Land unerlässlich.
- Mit der Digitalisierung von Lehr- und Lernumgebungen ist ein umfassender digitaler Kulturwandel verbunden, der sowohl für den Vorschul- und Schulbereich als auch für die Hochschulen, die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie weitere Angebote zum lebenslangen Lernen relevant ist. Erfolgreiche Bildung in einem zukunftsfähigen Thüringen kann nur gelingen, wenn dieser Wandel von allen Akteuren – sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum – umfassend gestaltet und getragen wird.
- Die Gestaltung des digitalen Wandels ist nicht nur eine technische, sondern insbesondere eine pädagogische Herausforderung. Digitale Bildung umfasst dabei nicht nur Medienkunde oder Informatikunterricht in der Schule, sondern eine auf allen Ebenen und in allen Bereichen des Thüringer Bildungssystems zu befördernde Befähigung zur digitalen Mündigkeit.
- Digitale Bildung muss inklusiv gestaltet werden. Dafür braucht es eine erhöhte Sensibilität für neue soziale Hürden. Fehlender Zugang zu digitalen Technologien oder fehlende Vertrautheit im Umgang mit ihnen dürfen nicht zu Benachteiligung oder Marginalisierung führen. Die Ausstattung mit Geräten sowie Infrastrukturen ist zwar eine notwendige, jedoch noch keine hinreichende Bedingung für gelingende digitale Bildung.
- Um den Mehrwert digitaler Technologien für Lehr- und Lernprozesse zu erschließen, ist eine erhöhte personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen notwendig. Die Organisation digitaler Lehr- und Lernprozesse muss von qualifiziertem pädagogischen bzw. wissenschaftlichem Personal geleistet werden. Dazu müssen entsprechende Aus- und Weiterbildungsangebote zur Professionalisierung geschaffen und ausgebaut werden. Darüber hinaus ist die Erforschung digitaler Bildungsprozesse und die Entwicklung innovativer Lehr- und Lernformate zu fördern.
- Bei Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand sollten Bildungseinrichtungen Vorrang genießen. Die Spannung zwischen dem hohen Investitionsbedarf und der Knappheit öffentlicher Mittel für die Digitalisierung darf nicht zur Legitimierung privatwirtschaftlicher Interessen im Bildungsbereich oder zum flächendeckenden Einsatz privater Ressourcen führen. Öffentlich-private Partnerschaften sind im Bildungsbereich besonders sensibel zu beurteilen. Werden Hardware und Software von Unternehmen bereitgestellt, muss eine bedingungslose Autonomie der Bildungseinrichtung sowie die Priorität pädagogischer Gründe gewährleistet sein. Abhängigkeiten von Unternehmen sind zu vermeiden.
- Für den Einsatz privater Hardware und Software müssen verbindliche Regelungen geschaffen werden. Die Vorgaben zur Materialbeschaffung, zum Einsatz von Technik sowie zum Versicherungsschutz sind den neuen Praxisformen – insbesondere dem Verschwimmen der Grenze von beruflichem und privatem Einsatz – anzupassen.
- Alle beteiligten Personen sind für den Datenschutz zu sensibilisieren. Bei der technisch unterstützten Individualisierung von Lehr- und Lernprozessen ist größtmögliche Transparenz und Aufklärung über die Verwendung der Daten zu gewährleisten. Die beim Einsatz digitaler Technologien erzeugten Daten können durch die Nutzung von Analyse-Algorithmen wichtige Hilfsmittel zur Verbesserung von Lehr- und Lernprozessen sein. Die Potenziale der so genannten „Learning Analytics“ dürfen allerdings in keinem Falle Vorrang vor dem Schutz personalisierter Daten haben.

## **Verwaltung digital – modern, einfach, bürgernah (L3)**

Eine Welt ohne Internet, soziale Medien oder Online-Shopping ist für uns nicht mehr vorstellbar. Per Smartphone oder Tablet sind wir überall und jederzeit erreichbar. Schier grenzenlos erscheinen die Möglichkeiten digitaler Kommunikations-, Informations- und Speichertechnologien. Die Digitalisierung wird das Leben der Menschen auch in Thüringen in den nächsten 10 Jahren so nachhaltig verändern, wie seit der politischen Wende 1989 nicht mehr geschehen. Diese technologische Entwicklung und die sich daraus auch für die öffentliche Verwaltung ergebenden Konsequenzen wurden bis 2014 in Thüringen ignoriert. Die Thüringer CDU hat in den vielen Jahren ihrer Verantwortung für die IT in der Landesverwaltung keinerlei Konzept oder Plan erarbeitet, um Thüringen modern und zukunftssicher aufzustellen. Vielmehr wurden technologische Fortschritte verschlafen, notwendige Investitionen gekürzt oder nicht auf den Weg gebracht. Diese von der Thüringer CDU verursachte fatale Entwicklung haben wir gestoppt und die Trendwende eingeleitet. Wir verstehen Digitalisierung als wichtigen Baustein für die Entwicklung Thüringens. Digitalisierung bietet Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger, weil sie unabhängig vom Wohnort Vorteile bringt. Digitalisierung kann helfen, die Lebensqualität in Thüringen, egal ob in Stadt oder Land, zu verbessern und eine nachhaltige und generationengerechte Entwicklung in den Kommunen voranzutreiben. Der Freistaat, die Landkreise, Städte und Gemeinden können gemeinsam in diesem Prozess viel für die Menschen, unsere Heimat, die ehrenamtlichen Strukturen und die Unternehmen erreichen. Unser Ziel ist es, Thüringen bis zum Jahr 2025 zum deutschen Spitzenland und einer Top-Adresse in Europa für die digitale Verwaltung und E-Government zu entwickeln.

### **Wofür wir stehen**

Ein moderner Staat mit einer an den Bedürfnissen der Bürgerinnen, Bürger und der Wirtschaft ausgerichteten effizienten Verwaltung ist das Ziel der Thüringer SPD. Wir wollen, dass Thüringen und seine Kommunen zu den Vorreitern bei der Digitalisierung der Verwaltungen gehören. Dazu müssen Land und Kommunen an einem Strang ziehen. Neuer Satz einfügen vom Dialogforum

### **E-Government-Gesetz als Rechtsrahmen**

Eine wesentliche Grundlage hierfür ist ein sicherer Rechtsrahmen. Mit dem unter sozialdemokratischer Führung im Thüringer Finanzministerium erarbeiteten Entwurf eines E-Government-Gesetzes für Thüringen ist der Grundstein gelegt. Neben der sich hieraus ergebenden Rechtssicherheit für Zukunftsinvestitionen der Kommunen, beispielsweise zur Einführung der elektronischen Akte, sind eine Vielzahl von Maßnahmen im Gesetz verankert. Sie bilden die Basis für den weiteren Ausbau von E-Government-Angeboten in Thüringen. Dies sind insbesondere die vom Land kostenfrei zur Verfügung gestellten Basis-Dienste:

- Nutzerkonten für alle Bürgerinnen, Bürger und juristischen Personen als zentrale Komponente zur Identifizierung sowie als Postfach für die elektronische Kommunikation mit der Verwaltung
- E-Payment-Lösung zur Bezahlung von Gebührenforderungen im Rahmen von elektronischen Verwaltungsleistungen
- zentrale E-Government-Plattform, über die das Land und die Kommunen elektronische Verwaltungsleistungen anbieten können

Mit dem Angebot der Basis-Dienste durch das Land übernimmt dieses nicht nur eine zentrale Führungsrolle, sondern stellt den Kommunen einen Baukasten zur Verfügung, um eigene E-Government-Angebote auszubauen.

Nur durch eine konsequente Erweiterung des Angebots an E-Government-Anwendungen wird die Nachfrage und mithin die Akzeptanz in der Bevölkerung steigen. Ein erster konkreter Anwendungsfall, in dem Land, Landkreise und kreisfreie Städte zusammen an der Umsetzung arbeiten, ist die elektronische Ab- und Wiederanmeldung von Kraftfahrzeugen (iKfz).

## **200 Verwaltungsleistungen digitalisieren**

Bis zum Jahr 2021 wollen wir insgesamt 200 Verwaltungsleistungen, die bisher in Papierform beantragt worden sind, beispielsweise die Gewerbebeanmeldung, das Bauantragsverfahren oder die Beantragung des Führerscheins, digitalisieren und somit für eine elektronische Abwicklung zugänglich machen. Dadurch werden die am häufigsten nachgefragten Verwaltungsleistungen zukünftig elektronisch beantragt werden können. Hierzu wollen wir im Landesverwaltungsamt die Landesredaktion Thüringen des Föderalen Informationsmanagements (FIM) in der Abteilung „Moderne Verwaltung 4.0“ einrichten. In dieser Redaktion werden bestehende und neu hinzukommende Antragsverfahren für Verwaltungsleistungen sowohl des Landes als auch die des übertragenen Wirkungskreises in den Kommunen elektronisch erfasst, aufbereitet und anschließend digitalisiert. Dadurch gewährleisten wir, dass in einer Vielzahl von Verwaltungsleistungen eine elektronische Antragstellung in der gleichen Art und Güte für die Bürgerinnen, Bürger und juristischen Personen möglich wird. Weiterhin eröffnet es den Verwaltungen die Option die Antragsverfahren medienbruchfrei zu bearbeiten und den Antragstellern die Bescheide elektronisch zuzustellen. Zusätzlich wird die Landesredaktion den Kommunen bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen des eigenen Wirkungskreises behilflich sein.

Für eine zügige Umsetzung des Vorhabens ist eine Prüfung der Vorschriften des Landes auf Vereinfachungen notwendig. Diese wollen wir umgehend in Angriff nehmen, um noch mehr Dienstleistungen einer Digitalisierung zugänglich zu machen.

Daneben wollen wir prüfen lassen, ob durch die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen die bisher zu erhebenden Verwaltungsgebühren gesenkt und dadurch die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen entlastet werden können.

## **Modernisierung des Registerwesens**

Moderne Register bilden eine Grundlage für effiziente, bürger- und unternehmensfreundliche Verwaltungsleistungen. Die Registerlandschaft in Deutschland und auch in Thüringen ist zersplittert. Das führt dazu, dass gleiche oder ähnliche Daten mehrfach erhoben werden und Abgleiche beziehungsweise Qualitätskontrollen nicht stattfinden. Dies stellt ein Hindernis für die Akzeptanz von E-Government-Angeboten dar und muss deshalb geändert werden. Wir wollen prüfen, ob die in Thüringen geführten Register miteinander verknüpft werden können, mit dem Ziel, dass häufig gebrauchte Basisdaten zu Personen, Firmen, Kraftfahrzeugen sowie Orten und Immobilien zukünftig nur noch einmal von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen angegeben werden müssen. Daneben soll durch die Verknüpfung der Register ein einfacherer Datenaustausch mit anfordernden Behörden möglich werden um beispielsweise die Einreichung von Nachweisen bei Antragsverfahren gänzlich entfallen zu lassen. Ein praktisches Beispiel dafür wäre ein Antrag für Elterngeld ohne Papiernachweise.

Ein weiterer grundlegender Bestandteil einer Registerverknüpfung ist die Gewährleistung des Datenschutzes. Andere Länder in Europa, die bereits über ein zentralisiertes oder verknüpftes Registerwesen verfügen, zeigen Möglichkeiten auf, wie beide Interessenlagen miteinander in Einklang gebracht werden können. Dabei ist allen Modellen gleich, dass eine größtmögliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Datennutzung für die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen besteht. Dies gilt es auch bei der Modernisierung des Registerwesens in Thüringen als eine Maxime festzuschreiben.

## **Meine Verwaltung**

Mit einem zentralen E-Government-Portal „Meine Verwaltung“ wollen wir die Informationen zu und über die elektronisch angebotenen Verwaltungsleistungen auf allen Ebenen bündeln. Zudem soll hier ein zentraler Einstiegspunkt für jegliche elektronische Antragsverfahren geschaffen und damit die Beantragung von Verwaltungsleistungen noch einfacher und nutzerfreundlicher werden. Über das bei „Meine Verwaltung“ angebotene Nutzerkonto soll zukünftig die gesamte elektronische Kommunikation mit der Verwaltung möglich sein. Dies beinhaltet auch ein elektronisches Postfach, über das die Verwaltungen Entscheidungen in den Antragsverfahren, beispielsweise Bescheide, elektronisch übersenden können. Damit wird ein schnellerer Bearbeitungs- und Informationsfluss zwischen Nutzer und Verwaltung ermöglicht. Auf dem Portal sollen darüber hinaus Verknüpfungen zu weiteren E-Government- Angeboten des Landes enthalten sein.

## **Elektronische Aktenführung**

Für eine medienbruchfreie Kommunikation zwischen Bürgerinnen, Bürger oder juristischen Personen und der Verwaltung ist nicht nur ein geeignetes elektronisches Antragsverfahren notwendig. Der elektronischen Aktenführung in den Verwaltungen, egal ob im Land oder in den Kommunen, kommt in den nächsten Jahren eine besondere Bedeutung zu. In der Landesverwaltung wurde unter sozialdemokratischer Führung im Thüringer Finanzministerium ein Projekt zur Einführung der elektronischen Akte auf über 10.000 Arbeitsplätzen und in mehr als 50 Landesbehörden auf den Weg gebracht. Bis Ende 2022 sollen Papierakten nahezu der Vergangenheit angehören und Verwaltungsabläufe effizienter und transparenter erfolgen. Von den Erfahrungen des Landes bei der Einführung der elektronischen Akte werden auch die Kommunen profitieren. In einem Kompetenzzentrum E-Akte im Landesrechenzentrum soll das Know-how gebündelt werden und auch den Kommunen für Beratungen zur Verfügung stehen. Zudem sollen in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden technische Lösungen, beispielsweise für die Langzeitspeicherung und Archivierung von elektronischen Akten, gefunden werden, die auch für die Kommunen nachnutzbar sind.

## **E-Justice – elektronischer Rechtsverkehr**

Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs (eJusticeGesetz) den Weg für die elektronische Kommunikation in der Justiz geebnet. Spätestens ab 2022 sind die Justiz und Anwaltschaft verpflichtet in fast allen Rechtsangelegenheiten ausschließlich auf elektronischem Weg miteinander zu kommunizieren. Voraussetzung hierfür ist die Einführung der elektronischen Gerichtsakte. Wir wollen, dass Thüringen hier ebenso wie bei der generellen Einführung der elektronischen Akte in der Landesverwaltung eine Führungsrolle unter den Bundesländern einnimmt. Eine effiziente und funktionierende Justiz ist für uns ein wichtiger Baustein für das gesellschaftliche Zusammenleben. Wir werden deshalb ein besonderes Augenmerk auf die Umsetzung legen.

Wir setzen uns dafür ein, dass weitere Systeme zu Erleichterung der Arbeit der Justizbediensteten getestet werden. Mitarbeiter der Justiz könnten bei Routinetätigkeiten entlastet werden, wenn beispielsweise die Übersetzung von fremdsprachigen Dokumenten per Mausclick ermöglicht würde. Hierdurch wäre eine zügige Beurteilung der Relevanz der Dokumente für Gerichtsverfahren möglich.

## **Moderne Arbeitsplatzgestaltung und Fachkräftesicherung**

Die zunehmende Digitalisierung in der Landesverwaltung führt auch zu einer Veränderung der Arbeit. Die Nutzung von Computern ist mittlerweile alltäglicher Bestandteil. Durch moderne IT und Kommunikationsmittel werden Arbeitsabläufe schneller, so dass die Arbeitsdichte zunimmt. Dies erfordert nicht nur einen hohen persönlichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern

auch ein Umdenken bei der Gestaltung der Arbeit und der Arbeitsplätze. Wir wollen deshalb für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung ein modernes Arbeitsumfeld schaffen. In Abstimmung mit den Personalvertretungen sollen Musterarbeitsplätze nach neuesten arbeitsmedizinischen Erkenntnissen geschaffen und erprobt werden. So sollen beispielsweise höhenverstellbare Schreibtische, ein zweiter Monitor für die Bearbeitung elektronischer Akten oder auch mobile Endgeräte zum Standard werden. Die Möglichkeiten von Home-Office- Arbeitsplätzen wollen wir dort erweitern, wo es die Arbeitsfelder zulassen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen. Damit tragen wir zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitsplätze und die Minderung der persönlichen Kommunikation zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Prozess erfordert zudem neuen Raum für persönliche Kommunikation in den Behörden. Wir wollen deshalb in den Behörden neue Kommunikationsräume schaffen, die Entspannung vom digitalen Arbeiten und Möglichkeiten der persönlichen Kommunikation miteinander verbinden.

Die Verbesserung des Arbeitsumfelds und dessen Anpassung an die Digitalisierung ist nur eine Voraussetzung für die Fachkräftesicherung für die Verwaltung von Land und Kommunen. Wir wollen für IT-Fachkräfte eine eigene Beamtenlaufbahn etablieren und für die Fachkräftegewinnung vor allem mit den Thüringer Hochschulen kooperieren, um in unserer Heimat ausgebildete Fachkräfte und Experten langfristig an den Freistaat Thüringen zu binden.

### **Konzentration der Digitalisierung und zentraler IT-Dienstleister**

In der Landesregierung werden wir auf Ministeriumsebene ab 2019 alle Bereiche die sich mit Digitalisierung beschäftigen in einem Ministerium zusammenführen. Dazu zählen alle Fachreferate, die sich mit E-Government und moderner Verwaltung beschäftigen, die Fachreferate, die sich mit der Digitalisierung der Gesellschaft auseinandersetzen und die Zuständigkeit für den Breitbandausbau. Hier soll auch die Zuständigkeit für den IT-Einzelplan und die Mittel für ein kommunales IT-Förderprogramm liegen. Außerdem wollen wir hier auch die Haushaltsmittel für alle Digitalisierungsprojekte in den anderen Fachressorts bündeln. Die Fachressorts sollen diese Mittel weiterhin bewirtschaften. Alle Digitalprojekte des Landes werden wir in einer Zukunftsstrategie 2025 des Freistaates Thüringen für Digital-, E- Government- und IT zusammenführen. Dazu verknüpfen wir die Digitalisierungsstrategie und die Strategie für E-Government und IT führen des Freistaates.

Die Umsetzung der Digital-, IT- und E-Government-Maßnahmen ist ohne einen zentralen IT-Dienstleister innerhalb der Landesverwaltung nicht möglich. Das Thüringer Landesrechenzentrum (TLRZ) wollen wir hierzu ausbauen. Dafür sollen zum einen die IT- Fachkräfte der obersten Landesbehörden im Landesrechenzentrum gebündelt werden. Dies ermöglicht Synergieeffekte, ein zentrales Wissensmanagement und schafft klare Strukturen für sämtliche Belange der IT innerhalb der Landesverwaltung. Zum anderen wollen wir die Kapazitäten im Landesrechenzentrum ausbauen, um den zukünftigen Herausforderungen an die IT gewachsen zu sein. Auch hier wollen wir die Interessen der Kommunen berücksichtigen. Deshalb soll geprüft werden, ob im Rahmen einer Erweiterung des Landesrechenzentrums zugleich ein kommunaler IT-Dienstleister mit eigenem Rechenzentrum entstehen kann und Flächen, sowie Technik gemeinsam genutzt werden können.

### **Konsequente Standardisierung sowie zentrale Beschaffung und Vergabe**

Ein zentraler IT-Dienstleister wird noch effizienter arbeiten können, wenn für die einzusetzende Hard- und Software klare Standards definiert sind. Mit der IT- und E- Government-Strategie des Landes existiert hierfür bereits ein Rahmenwerk. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass dies nur ein erster Schritt sein kann. Wir wollen deshalb so früh wie möglich im Lebenszyklus von Hard- und Software ansetzen – bei der Beschaffung. Durch eine zentrale Beschaffungs- und Vergabestelle für IT im Landesrechenzentrum kann von vornherein eine höchstmögliche Standardisierung innerhalb der

Landesverwaltung erreicht werden. Zudem werden Ausschreibungen im Rahmen von Vergabeverfahren für IT- Beschaffungen durch das dann im Landesrechenzentrum gebündelte Know how effektiv und rechtskonform erfolgen können. Dies spart im Ergebnis Zeit und Geld.

## **Sicherheit in der digitalen Zukunft**

Die umfassende Sicherheit der IT-Infrastrukturen und der in Rechenzentren verarbeiteten Daten ist von grundlegender Bedeutung für sämtliche Digitalisierungsbestrebungen. Die IT-Sicherheitslage in Deutschland und Thüringen ist weiterhin angespannt. Dies belegen die fast täglich stattfindenden Cyber-Angriffe auch auf das Thüringer Landesdatennetz. Ohne vertrauenswürdige IT-Strukturen laufen wir Gefahr, unsere Handlungs- Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Deshalb wurde unter sozialdemokratischer Führung im Thüringer Finanzministerium das Landesdatennetz sowohl für die Datenübertragung, als auch die Telefonie nach dem Sicherheitsstandard des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifiziert. Damit hat Thüringen eine Vorreiterrolle in Deutschland eingenommen. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Dafür ist nicht nur ein intensiver Informationsaustausch im länderübergreifenden Verbund, sondern auch innerhalb Thüringens zwischen Land und Kommunen notwendig. Nur wenn sich die Verwaltungen und besonders gefährdete Einrichtungen ohne zeitliche Verzögerung über aktuelle Bedrohungslagen oder konkrete Cyber-Angriffe informieren und austauschen können, werden Abwehrmaßnahmen erfolgsversprechend sein. Deshalb wollen wir die Schaffung eines CERT-Verbundes (Computer Emergency Response Team) in Thüringen vorantreiben in dem sich neben dem zentralen IT-Dienstleister der Landesverwaltung auch die Kommunen und andere Organisationen mit kritischer IT-Infrastruktur, beispielsweise Energieversorger, Sparkassen etc. gemeinsam austauschen, informieren und reagieren können. Damit sichern wir die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen, Bürger und juristischen Personen in Thüringen ab.

## **Land und Kommunen im digitalen Schulterschluss**

Die Digitalisierung der Verwaltung müssen wir deshalb ebenen übergreifend denken und umsetzen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen ist eine grundlegende Voraussetzung für den Erfolg. Die Ausgangslagen auf Landes- und kommunaler Ebene sind vergleichbar. Die IT-Infrastruktur und auch die eingesetzte Software sind sehr heterogen. Eine gemeinsame Abstimmung bei der Beschaffung hat in den vergangenen Jahren nicht stattgefunden. Das Ergebnis ist ein bunter Strauß an IT- Landschaften in Thüringen, der einen immer höheren finanziellen Aufwand in der Wartung und Pflege bedeutet. Um dem entgegen zu wirken, müssen auch die Kommunen stärker kooperieren. Hierüber besteht zwischen Land und Kommunen Konsens. Mit dem Thüringer E-Government-Gesetz werden Initiativen auf kommunaler Ebene zukünftig finanziell unterstützt. Dabei geht es vor allem um die Förderung von kommunalen Zusammenschlüssen zur Standardisierung und Beschaffung von Hard- und Software aber auch um die Förderung neuer E-Government-Angebote. Ein Beispiel sind Partnerschaften zwischen der öffentlichen Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft die digitalen Lösungen entlang der kommunalen Bedürfnisse entwickeln und diese dann allen anderen Kommunen in Thüringen zur Verfügung stellen. Wir wollen, dass sich ein kommunaler Zusammenschluss, welcher die Interessen der Kommunen bündelt und im Auftrag seiner Mitglieder Beschaffungen durchführt, Beratungen beim Einsatz von Software in den Kommunen anbietet oder ein kommunales Rechenzentrum betreibt, bildet. Dieser soll finanziell unterstützt werden. Die Interessenbündelung sehen wir zudem als klaren Vorteil für die Abstimmung zwischen Land und Kommunen für zukünftige gemeinsame Projekte.

Mit der Bündelung der IT-Ausgaben des Freistaates in einem eigenen Einzelplan haben wir die ersten Voraussetzungen für eine strukturelle Stärkung der IT-Ausgaben des Landes geschaffen und Transparenz für diese Investitionen hergestellt. Um die Thüringer Kommunen bis 2025 in die Lage zu



versetzen die nötigen IT-Investitionen vorzunehmen, werden wir für die Jahre 2020 bis 2024 ein IT-Investitionsprogramm des Landes in Höhe von insgesamt 500 Mio. Euro auflegen. Damit sollen sowohl Investitionen in die Digitalisierung der kommunalen Verwaltungen vorgenommen werden, als auch Pilotprojekte für die Digitalisierung des Lebens in den Städten, Gemeinden und Landkreisen finanziert werden.

## **Moderne Verwaltung 4.0**

Weitere gemeinsame Projekte mit den Thüringer Kommunen werden wir folgen lassen. Dazu werden wir im Landesverwaltungsamt die Abteilung „Moderne Verwaltung 4.0“ schaffen. Die Mitarbeiter sollen die Kommunen bei der Umsetzung von E-Government-Projekten anhand von Best Practice-Beispielen beraten. Hierzu zählt auch die flächendeckende Errichtung moderner Bürgerservicebüros in den Thüringer Regionen. Wir wollen damit lokale Anlaufpunkte für die Bürgerinnen und Bürger schaffen, die aus persönlichen Gründen die neuen E-Government-Angebote nicht direkt von zu Hause aus nutzen können oder wollen. Ihnen soll in den Bürgerservicebüros bei der Erledigung ihrer Anliegen geholfen werden. Hierzu werden nicht nur geschulte Mitarbeiter eingesetzt, sondern auch moderne IT- Systeme, die beispielsweise die Erfassung der Fingerabdrücke oder auch die Erstellung von biometrischen Passbildern direkt vor Ort ermöglichen. Damit werden weitere, bisher notwendige, Zwischenschritte, beispielsweise bei der Beantragung eines Personalausweises, entfallen und die Abläufe beschleunigt. Durch Bürgerterminals soll es zudem möglich sein, auch ohne persönliche Beratung, elektronische Verwaltungsleistungen direkt im Bürgerservicebüro in Anspruch zu nehmen.

## **Digitale Grundrechte – Daten- und Verbraucherschutz**

Die Digitalisierung der Gesellschaft bietet viele Chancen. Sie beinhaltet jedoch auch Risiken und neue Herausforderungen, wenn zum Beispiel Geschäftsmodelle und Datenverwendung undurchsichtig sind, keine echte Wahlfreiheit existiert oder technische Hürden bestehen. Dies betrifft insbesondere die neuen Techniken oder Arten der Datenverarbeitung wie Big Data, Profilbildung oder Cloud Computing. Es gilt im Daten- und Verbraucherschutz Risiken vorzubeugen und die Nutzersouveränität zu stärken. Deshalb stellen wir klar, dass wir jeglichen Bestrebungen des Neoliberalismus in der digitalen Gesellschaft entschieden entgegenzutreten. Wir werden den Grundrechtsschutz auch in einer digitalen Gesellschaft gewährleisten. Die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen sollen sich in ihr sicher und frei bewegen können, auch wenn sie keine technischen Experten sind. Deshalb unterstützen wir die Bestrebungen des Thüringer Finanzministeriums eigene, sichere Basisdienste zu betreiben und die digitale Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Denn nur wenn Vertrauen in die Datensicherheit der angebotenen E-Government-Dienste besteht, werden diese auf Akzeptanz bei den Bürgerinnen, Bürgern und juristischen Personen in Thüringen treffen.

## **Daten als Innovationstreiber**

Daten können die Grundlage für innovative Produkte und Dienstleistungen sein. Neue Geschäftsmodelle können hierdurch entstehen. Offene Daten bieten im Einklang mit Datenschutz und Datensicherheit die Chance auf mehr Teilhabe interessierter Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen deshalb ein zentrales Datenportal für Thüringen schaffen. Behörden des Landes und die Kommunen sollen hierüber Daten offen zum Herunterladen anbieten. Zudem sollen hier die Informationen der Behörden zu deren Veröffentlichung sie gesetzlich verpflichtet sind, beispielsweise nach dem Informationsfreiheitsgesetz, gebündelt und somit an einem einzigen Punkt für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein. Dies ermöglicht eine einfache Suche und bietet aufgrund einer einheitlichen Struktur die größte Transparenz.

Zugleich wissen wir um die Bedeutung öffentlicher Einrichtungen für die Begegnung zwischen Bürger\*innen und Staat. Nicht selten entscheidet bereits der subjektive Eindruck, den einfache

Behördengänge hinterlassen, ob und wie sich Einzelne angenommen und in den öffentlichen Strukturen unserer Gesellschaft aufgehoben fühlen. Auch im 21. Jahrhundert ist das analoge Gespräch noch das effektivste Mittel, um Missverständnisse auszuräumen und digitale Echokammern aufzulösen. Mit dem Kompetenzzentrum „Verwaltung 4.0“ gehen wir deshalb den doppelten Weg, und setzen neben eine Digitalisierung der Verwaltung auch auf eine Reform lokaler Verwaltungsstrukturen, durch die analoge Beteiligungsmöglichkeiten, Austausch durch Begegnung und Bürger\*innennähe aktiv gefördert werden.

## **Thüringen WLAN**

Die Versorgung der Thüringer Bevölkerung mit schnellem Internet ist in den letzten Jahren ein großes Stück vorangekommen. Mittlerweile sind Datenraten von 50 Mbit pro Sekunde keine Seltenheit mehr. Neben dem weiteren konsequenten Ausbau des kabelgebundenen Internets ist der Bedarf an Internetzugängen im öffentlichen Raum stark gestiegen. Dem muss auch die öffentliche Verwaltung Rechnung tragen. In einem ersten Schritt werden unter sozialdemokratischer Führung im Thüringer Finanzministerium öffentliche WLAN-Zugänge in 200 Verwaltungsgebäuden des Landes eingerichtet. Zukünftig wollen wir dieses Angebot noch weiter ausbauen. Dann sollen auch auf öffentlichen Plätzen und in der Nähe von öffentlichen Gebäuden WLAN-Zugänge eingerichtet werden. Wir werden prüfen, ob dies neben Unternehmen der Privatwirtschaft auch durch Freifunkinitiativen sichergestellt werden kann. Ziel muss es sein ein möglichst breites Angebot an öffentlichen WLAN-Zugängen nicht nur in Ballungszentren, sondern auch in Städten und Gemeinden des ländlichen Raums zu etablieren.

## **Digitale Verwaltung als Leitthema 2019-2024**

Die Digitalisierung der Verwaltung des Freistaates und der Thüringer Kommunen wird von uns zum Leitthema der nächsten Legislaturperiode erhoben. Dafür werden wir bis zum Ende der aktuellen Wahlperiode alle nötigen Weichenstellungen vornehmen, um Thüringen in den nächsten 7 Jahren zum Marktführer für digitale Verwaltungsleistungen zu entwickeln. Die digitale Verwaltung soll zum entscheidenden Standortfaktor ausgebaut und zum Markenkern Thüringens entwickelt werden. In Thüringen soll das digitale Herz Deutschlands schlagen.

## **Große Koalition? Nicht mit uns! (I1)**

Die SPD Thüringen spricht sich gegen die Bildung der Großen Koalition aus. Gespräche über eine Minderheitsregierung der Union werden von uns favorisiert. Neuwahlen bleiben die letzte Option.

Als SPD Thüringen wollen wir einen Beitrag dazu leisten, die Bundesrepublik gerechter zu machen. Wir halten für uns fest, dass unsere Ablehnung klare politische sowie inhaltliche Gründe hat. Wir Sozialdemokrat\*innen müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Große Koalition am 24. September mit einem gemeinsamen Minus von 13,7 Prozentpunkten abgewählt worden ist.

### **Die Große Koalition ermöglicht nur kleine Kompromisse**

In den letzten Jahren wurde deutlich, dass in Großen Koalitionen zwar kleine Fortschritte, aber keine wegweisenden Entscheidungen getroffen werden. Bei der Umverteilung der Vermögen, Investitionen in die Zukunft, der Bekämpfung der Kinderarmut, der Weiterentwicklung der europäischen Integration und vielen weiteren Projekten haben wir dagegen dringenden Handlungsbedarf. Die Gemeinsamkeiten mit der Union sind in diesen Fragen kaum vorhanden. Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren in der großen Koalition zeigen auch, dass die Kompromisse, die wir mit der Union geschlossen hatten, die Stoßrichtung von dringend notwendigen Reformen lähmten.

### **Große Koalitionen stärken den rechten Rand**

Die fehlende Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern hat zum Erstarken der Rechtspopulist\*innen in Deutschland beigetragen. In Thüringen holte die AfD mit 22,5 % das zweitbeste Ergebnis. Die Demokratie lebt von den Auseinandersetzungen der politischen Lager – diese finden in einer Großen Koalition kaum noch statt. Die Auswirkungen davon lassen sich auch in anderen europäischen Ländern beobachten.

Verantwortung in einer Demokratie zu übernehmen, heißt nicht ausschließlich die Rolle der Regierung einzunehmen. In Zeiten, in denen die AfD mit knapp 13 Prozent im Bundestag sitzt, wäre es verantwortungslos, dieser Partei die Oppositionsführung zu überlassen. Die SPD muss verhindern, dass Rassist\*innen und Antisemit\*innen diese Rolle übernehmen.

### **Die Union ist keine verlässliche Partnerin**

Während die SPD sich an den Koalitionsvertrag gehalten hat, haben wir massive Vertrauensbrüche durch die Union erlebt. Das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit wurde von der Union blockiert, obwohl es im Koalitionsvertrag stand. Und auch aktuell bei der Glyphosat-Entscheidung ist zu erleben, dass die Union nur auf eigene Rechnung arbeitet.

### **Die Glaubwürdigkeit durch konsequente Erneuerung zurückgewinnen**

Ein erneute Groko wäre ein weiterer herber Glaubwürdigkeitsverlust für die SPD. Als SPD wollen wir an unseren Überzeugungen und Grundwerten festhalten!

Für eine echte inhaltliche und strukturelle Erneuerung braucht die Partei Zeit. Diese Zeit wird uns auf der Regierungsbank fehlen. Dabei ist jetzt die Neuaufstellung einer inhaltlich klaren und glaubwürdigen Sozialdemokratie wichtiger als vier Jahre Große Koalition – auch für unsere Wählerinnen und Wähler. Als SPD Thüringen wollen wir an dem Prozess teilhaben und der SPD eine starke und wahrnehmbare ostdeutsche Stimme geben.